

Laibacher Zeitung.



Nr. 278.

Gründungspreis: Im Comptoir ganzl. N. 11, halbj. N. 5.50. Für die Postung ins Haus halbj. 50 Kr. Mit der Post ganzl. N. 11, halbj. N. 7.50.

Samstag, 4. Dezember.

Insertionsgebühr: Für keine Zeile die zu 4 Reilen 25 Kr., größere pr. Zeile 6 Kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 Kr.

1875.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben laut Allerhöchsten Handschreibens vom 27. November d. J. den Obersthofmeister weiland Sr. k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Erzherzogs Karl Ferdinand, G.M. Freiherrn v. Schloßnigg, zum Obersthofmeister bei Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Elisabeth allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 27. November d. J. dem Bahnwärter der priv. Kronprinz Rudolf-Bahn Andreas Pirker in Anerkennung seines bei Verhütung eines Eisenbahnunfalles an den Tag gelegten entschlossenen Benehmens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 21. November d. J. den Adjuncten der Lehrkanzeln der allgemeinen Chemie und Privatdocenten an der wiener technischen Hochschule Dr. Joseph Habermann zum ordentlichen Professor der allgemeinen analytischen und Agrilkultur-Chemie an der technischen Hochschule zu Brünn allergnädigst zu ernennen geruht. *Stremayr m. p.*

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 27. November d. J. dem in Allerhöchstdessen Diensten stehenden k. l. Berggrathe und Bergbau-Bevollmächtigten Joseph Ritter v. Fritsch in Anerkennung seiner vieljährigen Verdienste um den Bergbau tafrei den Titel und Charakter eines Oberberggrathes allergnädigst zu verleihen geruht. *Mannsfeld m. p.*

Seite wird das XII. Stück des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain pro 1875 ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter

Nr. 27
Gesetz vom 26. October 1875, womit theilweise die Landesgesetz vom 29. April 1873, Nr. 21 und 22; dann vom 19. December 1874, Nr. 37, inbetreff der Regelung der Errichtung, der Erhaltung und des Besuchs der öffentlichen Volksschulen in Krain, dann der Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrpersonals an denselben — abgeändert werden, und unter

Nr. 28
Gesetz vom 28. October 1875, womit der § 39 des Gesetzes vom 29. April 1873, Nr. 22 l. G. B., betreffend die Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrpersonals an den öffentlichen Volksschulen des Herzogthums Krain — abgeändert wird. Was hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird. Laibach, am 4. Dezember 1875.
Von der Redaction des Landesgesetzblattes für das Herzogthum Krain.

Nichtamtlicher Theil.

Journalstimmen vom Tage.

Das Fremdenblatt spricht seine volle Zustimmung zu der Petition des wiener Gemeinderathes wegen Reduction des stehenden Heeres und zugleich den aufrichtigen Wunsch aus, daß man wenigstens die Verhütung aller bürgerlichen und staatlichen Factoren zu solchem Begehren anerkennen und sich stets vor Augen halten möge.

Die Wahrheit glaubt, daß der wiener Gemeinderath mit der Forderung einer einseitig österreichischen Armee-reduction nicht den richtigen Weg betreten habe. Denn sowie das Anschwellen des Budgets eine internationale Krankheit ist, könne auch das Mittel zur Heilung ausschließlich auf internationalem Boden gefunden werden.

Wiedere Blätter besprechen bereits die Antwort, welche der ungarische Conventionspräsident Koloman Tisza auf die Interpellation wegen Kündigung der Zoll- und Handelsverträge ertheilte.

Die Presse erblickt gerade in der Antwort Tisza's ein bereites Zeugnis dafür, daß von der österreichischen Regierung in ihren bisherigen Verhandlungen mit dem budapester Cabinet gegenüber den anspruchsvollen Vorschlägen Ungarns alle Interessen mit Festigkeit gewahrt wurden. Es scheint bei der Kündigung des Zollbündnisses mehr die Schwerehörigkeit, die man in Wien gegenüber der Forderung einer Restitution der Verzehrungssteuer an den Tag legte, ausschlaggebend gewesen zu sein. Die „Presse“ betont, daß die österreichische Regierung hierbei in vollster Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung des Landes und den Ansichten des Reichsrathes handelte, daher von einer Zwangslage, in die Oesterreich durch die Kündigung verfeßt wäre, keine Rede sein könne.

Die Neue freie Presse deductiert ebenfalls aus der Erklärung Tisza's, daß Ungarn für Zugeständnisse bezüglich der Erhöhung der Zölle einen Antheil an der eisleithanischen Verzehrungssteuer einzutauschen gedenke und daß eben, um dieser Forderung größeren Nachdruck zu verleihen, das Zollbündnis schon im achten Jahre gekündigt wurde. Nachdem man aber österreichischerseits von Ungarn keine besonderen „Opfer“ zu fordern habe, so brauche man auch keine „Compensation“ in Gestalt österreichischer Staatssteuern zu bewilligen.

Die Vorstadt-Zeitung erwartet von der vollzogenen Kündigung des Handelsbündnisses die Einigung der Verfassungspartei in der handelspolitischen Frage.

Die Tagespresse findet in der Kündigung weder eine Pression noch den Keim zu einer einseitigen Zwangslage. Die Wiedererrichtung der Binnenzolllinie ist eine gleichmäßige Gefahr für beide Theile. Wenn also durch die Kündigung eine Zwangslage geschaffen worden, so ist es eine solche für beide Reichshälften, die nur dazu dienen kann, die schließliche Verständigung zu fördern.

Parlamentarisches.

Se. Exc. der Handelsminister Ritter v. Schumacher gab in der am 1. d. stattgefundenen Sitzung des reichsräthlichen Eisenbahnausschusses eingehende Aufklärungen.

Bezüglich der Fusionen bemerkte Se. Exc. der Minister zunächst, daß die Verhandlungen in Galizien zur Fusion der Lemberg-Ezernowitzer Bahn mit der Albrechtsbahn und dem Verlaufe der Tarnow-Leluchow-Bahn mit Einbeziehung der Dniester-Bahn zu einem Fusionsproject geführt haben, welches binnen kurzem zur verfassungsmäßigen Behandlung kommen werde. Damit sei jedoch die Aufgabe der Sanierung noch nicht zum Abschluß gebracht.

Weitläufige Verhandlungen wurden mit den westböhmischen Bahnen gepflogen, welche leider noch zu keinem Abschluß geführt haben. Die Dux-Bodenbacher, die Dux-Prager und Karonitz-Protiviner Bahn sollen mit einer der bereits bestehenden Bahnen verbunden werden.

Die Gefahr, „daß wir am 1. Jänner 1876 vor einem unbestimmten Etwas stehen“, sei nicht vorhanden. Bisher seien die Fusionen dort aus dem Grunde gescheitert, weil zu große Anforderungen an den Staat gestellt wurden. Der Staat könne für eine unter ungünstigen Verhältnissen gebaute Bahn nicht mehr geben, als der commercielle Werth derselben sei. Dieses sei der Standpunkt der Regierung gegenüber den Fusionsbestrebungen.

So lange die Bahngesellschaften nicht zur Ueberzeugung gelangen, daß sie über den werthlosen Theil ihres Besitzes einen Strich machen müssen, würden sich die Fusionsverhandlungen lange hinausziehen; denn weitgehende Forderungen würden von der Regierung nicht angenommen. Es sei natürlich, daß in einzelnen Fällen, beispielsweise bei entwicklungsfähigen Bahnen, mehr gezahlt wird, als bei jenen Bahnen, wo solche Voraussetzungen nicht einträfen.

Uebergend auf die zweite Frage erklärte Seine Excellenz der Minister, daß die Staatshilfe erst dann eintreten dürfe, wenn die Regierung die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Staatshilfe wirklich

Feuilleton.

Der falsche Erbe.*

Roman von Eduard Wagner.
(Fortsetzung.)

Mit der Schnelligkeit des Blitzes trat die ganze Wahrheit vor Guido's Seele. Brander hatte ihn für einen lebenslänglichen Trisinnigen gehalten, hatte seine Aehnlichkeit mit Guido Harrington benutzt, um dessen Namen anzunehmen und sich an dessen Platz zu drängen. „Es ist mir alles klar“, murmelte er. „Und nun ist er zu Harrington Hall?“

„Ja, Ferdinand, Sir Windham sagte mir, als wir an Trübensfeld vorbeifuhren, daß Mr. Guido Harrington gehört, daß Sir Harry's Sohn von seinen Reisen zurückkehrt sei. Wundersam ist er zu Harrington Hall; denn wo sollte er sonst sein, wenn er nicht bei seinem Vater wäre?“

Guido richtete sich hoch auf und ballte kampfhafte Hände. Seine Auen funkten vor Zorn und Enttäuschung und ein unbeschreiblich schwerlicher Zug lag auf seinem edlen Gesicht.

„Dieser Schändliche! Dieser elende Verräther! Dieser falsche Freund!“ rief er, heftig erregt. „Dieser —“

„Ferdinand, Ferdinand!“ unterbrach ihn Kelly hitzend, und Thränen troten in ihre Augen. „An Gottes Willen, seien Sie still! Die Aufregung wird Ihnen schaden!“

Harrington aber schien ihre Bitte nicht zu hören, denn er fuhr in wildem Tone fort:

„O, ich erinnere mich jetzt deutlich, wie er sich über mich beugte, als ich auf der Felsbank lag. Er dachte, ich wäre todt oder doch im Sterben. Und in diesem schrecklichen Augenblick konnte er es wagen, ein solches Verbrechen zu planen! Ja, es ist mir alles klar! Er hat mir alle Papiere, Geld und sonstige Werthsachen gestohlen und dafür diese Sachen in meine Taschen gesteckt — dieser verrätherische Mensch!“

„O, Ferdinand!“ jammerte Kelly. „Ich bitte Sie, fassen Sie sich. Was ist es, das Sie so aufregt? Ferdinand —“

Guido machte eine heftige, unwillige Bewegung.

„Ich heiße nicht Ferdinand!“ rief er. „Er ist Brander — Ferdinand Brander. Ich fand ihn in Baden und nahm ihn in meinen Dienst. Ich hielt ihn für einen ehrlichen, rechtschaffenen Menschen, der sich damals durch englischen Unterricht ernährte, welche Sprache er, da er mehrere Jahre in England gewesen, geläufig sprach. Wie habe ich ihn geliebt! Wie habe ich ihm vertraut! In Geheimnis hatte ich vor ihm. Und wie hat er mich getäuscht und betrogen! Wie hat er mein Vertrauen mißbraucht. O, es ist, als sollte ich wahnsinnig werden!“

Kelly aber glaubte, daß ihr Schützling wirklich schon wahnsinnig sei. Alle Rücksichten in ihrer Arglosigkeit lösend, stand sie auf und beugte sich über ihn, indem sie seinen Kopf an ihre Brust zog und sanft mit ihrer kalten Hand über seine heiße Stirn strich. Diese Zärtlichkeiten erinnerten ihn an die schon längst verwichenen Liebesstunden seiner verstorbenen Mutter und verfehlten ihre Wirkung nicht.

„Still, still!“ bat sie inständigst. „Ich bitte Sie um Thret- und um meinwillen, beruhigen Sie sich!“

Es lag etwas Bitte es, schwerliches in seiner Stimme, als er ruhiger antwortete:

„Still sein soll ich, während jener Schurke sich an meinen Platz in meines Vaters Herz geschlichen hat? Ich bin dem Tode nahe, bin ein Trisinniger gewesen, aber mein Vater hat nichts von meiner Gefahr gewußt; kein Instinct hat ihm gesagt, daß Ferdinand Brander nicht sein Sohn ist. Er hat meinen Namen, meine Freunde, mein Erbe gestohlen und mich hilflos unter Fremden gelassen, in der Absicht, daß ich dort zugrunde gehen möchte. Wie kann ich da ruhig sein, Kelly? Jener Elende, dessen scheinbare Einfachheit und Aufrichtigkeit meine Liebe und Zuneigung gewonnen hatte, dessen Aehnlichkeit mit mir meinen Vater — der mich seit Jahren nicht gesehen — getäuscht hat — er ist der wirkliche Ferdinand Brander; und ich — ich bin Guido Harrington!“

Das war allerdings nicht die Sprache und das Gebahren eines Wahnsinnigen. Seine Worte waren klar und deutlich, voll Ueberzeugung gesprochen, seine Stimme war fest und aus seinen Augen sprühte das Feuer einer edlen Entrüstung.

Nachdem Kelly sich von ihrem ersten Schreck erholt und mehr auf seine Worte achtete, kam sie immer mehr zu der Ueberzeugung, daß seine Aussagen doch wahr sein möchten, und schenkte ihnen endlich vollen Glauben. Langsam, fast beschämt zog sie sich einige Schritte von ihm zurück und sogte mit leiser Stimme:

„Und Sie sind Guido Harrington?“

„Ja; ich bin der einzige Erbe Sir Harry Harringtons.“

Eine Minute herrschte Schweigen, während dessen das junge Paar in tiefes Nachdenken versunken war.

„Was ist nun zu thun?“ begann Kelly dann wieder, indem sie zum Fenster hinaus auf die Schneemassen blickte. „Wir müssen Bahn brechen und an Sir Harry telegraphieren lassen.“

notwendig sei. Dies sei erst in letzter Zeit bei zwei Unternehmungen geschehen; beide Bahnen hätten erklärt, daß alle ihre Bemühungen fruchtlos waren und der Privatcredit derselben nicht ausreiche; es werde nun mit denselben verhandelt, ob der Staat durch Darvorschüsse oder Garantierung, oder endlich auf eine andere Weise die nöthige Unterstützung gewähren soll.

Anlangend die dritte Frage, sei bisher keine Ueberschreitung der präliminirten Auslagen bei Staatsbahnbauten vorgekommen, es sei sogar gegründete Hoffnung vorhanden, unter der präliminirten Summe das Auslangen zu finden.

Was die Frage der schmalspurigen Bahnen anbelangte, so mache hieraus die Regierung durchaus keine Principienfrage, sie sei eine Frage, welche nur mit dem Bleistifte in der Hand beantwortet werden könne; es werden eindringliche Erhebungen bezüglich der einzelnen Tracen gepflogen und nur deren Resultat den Berechnungen zugrunde gelegt.

Uebergehend auf die allgemeinen Gesichtspunkte, erklärte Se. Exc. der Minister ausdrücklich, daß es ganz und gar im Sinne der Regierung sei, daß diese Frage von einem allgemeinen, von einem weiteren Gesichtspunkte aufgefaßt werde, bevor man in die Details eingehe. Se. Exc. der Minister theilte auch vollkommen den Standpunkt derjenigen, die zunächst den finanziellen Gesichtspunkt berücksichtigt wissen wollen; die Regierung mußte sich aber doch die Frage vorlegen, ob die finanzielle Lage derart sei, daß man den Bau neuer Linien ganz einstellen solle. Diese Frage habe die Regierung entschieden verneint, denn wenn auch die finanzielle Lage eine sehr ernste wäre, so sei doch der Staatscredit unerschüttert und unsere Lage keine so verzweifelte, um selbst Opfer zu unterlassen, welche im Interesse der wirtschaftlichen Lage notwendig erscheinen. Die Regierung glaube daher mit der Vorlage nur solche Bahnen in Vorschlag gebracht zu haben, welche im allgemeinen Staatsinteresse liegen. Wenn diese Bahnen bisher nicht concessionirt wurden, so liege das in der bisher eingehaltenen Methode der Concessionirungen, weil hierbei das particuläre Interesse Einzelner maßgebend war und dadurch Linien zustande gekommen sind, welche den Staatschatz belasten. Die Hauptlinien, welche die Regierung in Vorschlag bringe, seien seit 10 Jahren von allen Regierungen als im Hauptinteresse des Staates liegend, als wichtige commercielle Linien bezeichnet worden. Triest könne beispielsweise nicht verurtheilt werden, seinen Concurrenzkampf mit Venedig aufzugeben. Diesen Standpunkt werde wol niemand im Hause einnehmen; auch wiederholte Beschlüsse des Hauses hätten die Bahn als im allgemeinen Interesse gelegen erklärt.

Was die Bemerkung betrifft, daß die Vorlage nicht reif sei, so äußerte Se. Exc. der Minister, daß die technischen Studien, welche fortwährend gemacht wurden, die technischen Fortschritte überhaupt und die lokalen Erhebungen bei der Vorlage berücksichtigt wurden, Aufgabe des Ausschusses werde es sein, die Vorlage auf das neueste zu prüfen, und das Handelsministerium werde selbstverständlich mit Vergnügen bereit sein, alles Material dem Ausschusse zur Verfügung zu stellen, welches zur Aufklärung dienen könne. Was weiters die Frage anbelange: was mit der Bahn geschehen solle, wenn sie fertig ist, so bewegen wir uns da in einem circulus

„Rein, das darf nicht geschehen,“ erwiderte Guido haßtig. „Lassen Sie mich hier, bis ich gesund bin. Mein Vater hat mich nicht vermisst. Er hat jenen verrätherischen Ferdinand Brander in sein Herz an meiner Stelle aufgenommen. Ich will nicht eher nach Harrington Hall gehen, als bis ich mich vollständig kräftig fühle. Wer weiß,“ fügte er mit bitterem Lächeln hinzu, „ob ich nicht als ein Betrüger ausgewiesen würde.“

„Sie sollen hier bleiben, Guido, und nach Harrington Hall gehen, wenn Sie sich ganz wohl fühlen. Aber thun Sie Ihrem Vater kein Unrecht durch die Beschuldigung, daß er den Betrüger als seinen Sohn aufgenommen hat. Ich möchte behaupten, daß er nicht mit ihm zufrieden ist. Der Instinct des Vaterherzens muß ihm die Liebe versagen, die nur Ihnen gehört. Es wird der glücklichste Tag in Sir Harry's Leben sein, wenn Sie zurückkehren und Ihre Ansprüche geltend machen. Vor allen Dingen müssen Sie nun bestrebt sein, Ihre Kräfte wiederzuerlangen, denn mit Ihren Kräften werden Sie auch das Glück wiederfinden.“

Guido blickte voll in das liebliche, freundige Gesicht des Mädchens.

„Aber nur Eines kann mich wirklich glücklich machen,“ dachte er. „Ich kann Ella nicht heiraten, wie der Wunsch meines Vaters ist. Es ist mir, als hätte ich Kelly schon jahrelang gekannt. Und ich liebe dieses holde Geschöpf über alles, liebe sie mehr als Heimat, Vater und Freunde. Ich werde dieses Haus nicht eher verlassen, als bis sie mir versprochen hat, meine Gattin zu werden — aber wird sie einen Mann heiraten, den sie als geisteskrank gekannt hat und dessen sie sich aus Mitleid annahm? Was würde sie sagen, wenn sie wüßte, daß meine Dankbarkeit zu ihr sich in Liebe für sie verwandelt hat — in Liebe, wie sie ein Mann nur einmal empfindet, und dann für immer?“

(Fortsetzung folgt)

vitiosus. Es ist allerdings richtig, daß es schädlich sei, wenn man bezüglich der Betriebsübernahme bis zur Vollendung des Bahnbaues warte; das sei aber nicht der Fall, es seien auch schon in dieser Beziehung Einleitungen getroffen und werde die Regierung bei der Detailberatung die Propositionen mittheilen. So liege beispielsweise bezüglich der Arberg-Bahn ein sehr ernstes Project auf Uebernahme um eine bestimmte Summe vor.

Se. Exc. der Minister faßt zum Schlusse das Programm der Regierung kurz dahin zusammen, daß die Action zunächst dahin gerichtet sein müsse, sanierend aufzutreten, Begonnenes sicherzustellen und sich erst dann in den Bau neuer Eisenbahnen einzulassen, bis die Ziffern der zu bringenden Opfer vollkommen bekannt seien. Die Regierung werde es aber sehr bedauern, wenn keine Hauptbahnen gebaut und die Opfer, welche der Staat bringt, bloß für Nebenbahnen verwendet würden. Se. Exc. der Minister ersuchte schließlich den Ausschuss um genaue Prüfung der Vorlage und versicherte nochmals seine Bereitwilligkeit, das ihm zugebotz stehende Material zur Disposition zu stellen.

Zoll- und Handelsbündnis.

Se. Exc. der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza beantwortete in der am 30. v. M. abgehaltenen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses die Interpellation Horanzky's inbetreff der Kündigung der Handelsverträge und über die Stellung der ungarischen Regierung zu dem österr.-ung. Zoll- und Handelsbündnisse in folgender Rede:

Geehrtes Haus! Gestern wurde, wie das geehrte Haus wol zu wissen beliebt, von dem Abgeordneten Ferdinand Horanzky eine Interpellation in einer wichtigen Angelegenheit an mich gerichtet, auf welche ich, meinem Versprechen gemäß, nannmehr zu antworten wünsche. Die Fragen, die der geehrte Abgeordnete an mich richtete, sind die folgenden: (liest die bekannten Fragen.) Was die erste Frage betrifft, so hat die ungarische Regierung allerdings ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die bekannten Verträge gekündigt werden. Die Regierung hat dies infolge ihr von competenten Stelle zugemerkter Aufforderung aus nachstehenden Gründen gethan (Hört!): Sie that es deshalb, weil sie es ihrerseits nicht für richtig erachtet haben würde, starr auf dem Standpunkte zu beharren und demselben Geltung zu verschaffen, daß, wenn bezüglich eines von Ungarn und Oesterreich gemeinschaftlich abgeschlossenen auswärtigen Vertrages der Kündigungstermin gekommen ist und — sei es Oesterreich, sei es Ungarn — es in seinem Interesse erachtet, daß dieser Vertrag gekündigt werde, der andere Theil hieran einseitig gehindert werde.

Denn die Nothwendigkeit des gegenseitigen Einvernehmens ist ja auch sonst zwingend und unvermeidlich beim Abschlusse des neuen Vertrages mit jenem Staate, und bei dieser Gelegenheit ist es jedwedem Theile unbenommen, auf die Geltendmachung seiner eigenen Interessen hinzuwirken.

Aber sie gab auch darum ihre Zustimmung, weil sie sich die Möglichkeit vor Augen halten mußte, daß hinsichtlich des zwischen Ungarn und Oesterreich bestehenden Zoll- und Handelsbündnisses Verhandlungen werden gepflogen werden, und die Regierung ist der Ansicht, daß es im Laufe dieser Unterhandlungen gerade bei den mit dem Auslande hinsichtlich der Verträge geführten Verhandlungen möglich ist, durch gemeinschaftlichen solidistischen Einfluß hinsichtlich des einen oder andern Punktes die Compensation zu finden für jene Concessionen, welche sich Oesterreich und Ungarn gegenseitig im Interesse der Möglichkeit des Abschlusses des Zollbündnisses zu machen berufen sind.

Schließlich gab sie auch darum ihre Zustimmung, weil sie die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebietes als im Interesse des Landes gelegen hält (Bewegung auf der äußersten Linken; Hört! Hört! im Centrum) und auch dieses Ziel erstrebt; sie durfte aber auch nicht außer Augen lassen, daß die Möglichkeit gegeben ist, daß Ungarn und Oesterreich zwei verschiedene Zollgebiete bilden, und wenn diese Eventualität eintreten sollte, so würde die Regierung ihrer Ansicht nach eine sehr große Ungerechtigkeit gegen Oesterreich begehen; denn angenommen, aber nicht zugegeben, das gesonderte Zollgebiet käme zu Stande, so würde sich dann die Lage derart gestalten haben, daß wir der österreichischen Reichshälfte, welche bereits ein besonderes Zollgebiet bilden würde, derartige auswärtige Verträge aufnöthigen, welche sie als nicht in ihrem Interesse liegend erachtet. Dies habe ich inbezug des ersten Punktes zu erwidern.

Die beiden anderen Punkte werde ich gemeinschaftlich beantworten. Was die bisherigen Schritte betrifft, hat die ungarische Regierung bereits am 30. Mai d. J. die kaiserlich österreichische Regierung davon verständigt, daß sie im Sinne des Gesezartikels XVI vom Jahre 1867 die Verhandlungen über die Revision zu beginnen wünsche, worauf natürlich, nachdem dies dem Geseze entspricht, die kaiserlich österreichische Regierung ihre Bereitwilligkeit erklärte.

Auf dieser Grundlage wurde denn die Unterhandlungen zwischen den beiden Regierungen eröffnet, vorerst mündlich, später aber legte die ungarische Regierung ihre Ansichten betreffs dieser Thatsache auch schriftlich dar, und zwar hat die ungarische Regierung ihr Begehren bezüglich der Abänderung des Zoll- und Handelsbündnisses

vornehmlich nach zwei Richtungen hin zum Ausdruck gebracht. Die eine dieser Richtungen war, daß sie den Wunsch aussprach, als Basis neuer Vereinbarungen seitens der beiden Regierungen sich über die Feststellung solcher Zollsätze zu einigen, welche die Interessen Ungarns, als eines in Industrie-Artikeln hauptsächlich consumierenden Landes, befriedigen. Die zweite Richtung, in der die Verhandlung gepflogen wurde, bezog sich auf die Verzehrungssteuer.

Die ungarische Regierung drückte nämlich den Wunsch aus, daß solche Verfügungen getroffen werden, auf deren Grundlage das aufhöre, was gegenwärtig bei der Restitution der Verzehrungssteuern an den Zoll-Linien geschieht, daß nemlich für zum Export bestimmte Consum-Artikel die Steuer in die Kasse jenes Staates gezahlt wird, in welchem sie producirt werden, während die Steuerrestitution aus der Zollkasse, daher aus der gemeinsamen Kasse geschieht. Das war das eine, dessen Modification die Regierung wünschte. Das andere, was sie begehrte, war, daß Maßnahmen getroffen werden, damit Ungarn in Zukunft nicht mehr den Schaden erleide, welcher es heute dadurch trifft, daß einen gewissen Theil der in den österreichischen Staatschatz einfließenden Verzehrungssteuern die ungarischen Consumenten bezahlen.

Die österreichische Regierung äußerte sich gleichfalls in einer schriftlichen Erklärung dahin, daß sie ihrerseits den Standpunkt der ungarischen Regierung nicht annehmbar finde. Hiernach fanden zwar noch weitere Conferenzen über die Zollsätze statt, und es ist nicht zu leugnen, daß diesfalls auch eine nicht geringe gegenseitige Annäherung geschah; eine Einigung kam jedoch auch diesbezüglich nicht zu Stande, und die ungarische Regierung erklärte infolge dessen in einer neuerlichen Note vom 17. November, daß sie an den Anschauungen festhalte, welche ich soeben darzulegen die Ehre hatte und welche sie in ihrer ersten Zuschrift ausgedrückt hat, und mit Rücksicht darauf, daß der im Geseze bestimmte sechsmonatliche Termin seinem Ende naht, wünscht sie die Entscheidung der österreichischen Regierung baldigst zu kennen. Unterm Datum vom 24. November traf auch die Erklärung der kaiserlich österreichischen Regierung ein, daß sie, inso lange die ungarische Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt einhalte, ihrerseits auszusprechen gezwungen sei, daß sie diesen Standpunkt nicht zu acceptiren vermöge, und überließ es sonach, mit Rücksicht auf die Nähe des sechsmonatlichen Termins, der ungarischen Regierung, festzustellen, was des Weiteren zu geschehen hätte, wobei sie übrigens erklärte, für den Fall, als sich die ungarische Regierung für die im Geseze vorgesehene Kündigung entscheiden sollte, während der vorgeschriebenen einjährigen Verhandlungsfrist ihrerseits dahin trachten zu wollen, daß zwischen beiden Parteien eine Einigung auf Grundlage der Billigkeit zustande komme.

Nach Empfang dieser Note beschloß die ungarische Regierung, von ihrem gesetzlichen Rechte, wie dasselbe im Gesezartikel XVI vom Jahre 1867 vorgeschrieben ist, Gebrauch zu machen und das Zoll- und Handelsbündnis aufzukündigen, was denn auch am gestrigen Tage geschehen ist. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Die Kündigung des Zoll- und Handelsbündnisses bedeutet aber, geehrtes Haus, nicht die Errichtung des besonderen Zollgebietes. (Bewegung der äußersten Linken.) Der § 22 des Gesezartikels XVI vom Jahre 1867, der das Recht der Kündigung gewährt, sagt mit Bestimmtheit folgendes: „Wenn auf diesem Wege eine Einigung binnen der sechs Monate nicht erzielt wird, so steht es beiden Theilen frei, das Bündnis zu kündigen.“ Das ist geschehen. Das Gesez sagt ferner: „In diesem Falle ist die Verhandlung bezüglich der Erneuerung des Bündnisses unverzüglich zu beginnen.“

Also, ich wiederhole; auch nach dem klaren Sinne des Gesezes bedeutet die Kündigung des Bündnisses nicht die Errichtung von Zollschranken, sondern der unverzüglichen Beginn der Verhandlung bezüglich der Erneuerung des Bündnisses.

Die Regierung hält daher für ihre Aufgabe sowohl um den Anforderungen des Gesezes, als auch um — wie ich bereits anzudeuten die Ehre hatte — den Interessen des Landes zu entsprechen, die auf Basis gegenseitiger Billigkeit zu erzielende Einigung anzustreben, und auf dieser Basis hält sie die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Zollgebietes vom Standpunkte Ungarns für vortheilhafter als die Errichtung eines selbständigen Zollgebietes. Die Regierung — sage ich — wird es für ihre Pflicht halten, indem sie behufs Erreichung dieses Zieles dieselbe Richtung aussteckt, welche sie bei diesem Ziele dieselbe Richtung aussteckt, welche sie bereits eingehalten hat und welche ich zu bezeichnen die Ehre hatte, dahin zu streben, daß das Bündnis zustande komme und demnach das gemeinsame Zollgebiet unter Wahrung der Rechte des Landes aufrechterhalten bleibe. (Beifall im Centrum.)

Indem ich so frei bin, dieß entscheiden zu erklären zögere ich nicht, auszusprechen, daß die Regierung, jenen Gesichtspunkt in ihren Unterhandlungen festhaltend, den ich in meiner Antwort bereits kennzeichnete, bestrebt sein wird, das Zustandekommen einer Vereinbarung zu erzielen, und daß sie nur in dem Falle, als sie durch das starre Beharren des andern contrahirenden Theiles auf seinem Standpunkte gezwungen würde und sich von der Unmöglichkeit einer ihren Interessen entsprechenden Vereinbarung überzeugen sollte: nur in dem Falle — aber

Aus dem Sanitätsberichte des kais. Stadtphysikates

für den Monat October 1875

entnehmen wir folgendes:

I. Meteorologisches. Luftdruck: Monatmittel 732.79 mm. Das Maximum am 7.: 746.15 mm.; Minimum am 14.: 713.48 mm.

Lufttemperatur: Monatmittel + 9.06° C.; Maximum am 6. + 18.7°; Minimum am 27. — 8°. Dunst ruft: Monatmittel 7.68 mm.; Maximum am 6.: 11.5 mm.; Minimum am 27.: 4.3 mm.

Feuchtigkeit: Monatmittel 88.55%, Minimum am 3. um 2 Uhr nachmittags 56%.

Bewölkung: Monatmittel: 8.4, wolkenlose Tage nur 2, theilweise 7, und ganz bewölkte Tage 22.

Niederschläge waren an 14 regnerischen Tagen in Summe 230.65 mm.; das Maximum am 15ten 50.15 mm.

Das Tagesmittel der Temperatur war nur am 6., 7., 10. und 23. über, sonst stets unter dem Normale, am 26. sogar 4.8% unter demselben.

Morgennebel gab es 8mal, eben so oft Abendroth, und Morgenroth 3mal, am 12., 22. und 23. Wetterleuchten.

II. Morbilität: Dieselbe war in der ersten Hälfte des Monats so mäßig wie im Vormonate. Vorherrschend waren katarrhalische Zustände der Respirationsorgane, hie und da Darmkatarrhe und Diarrhöen, vereinzelt Diphtheritis, Scharlach, Typhoide und Lungentzündungen, Anginen und Rothlauf.

In der zweiten Hälfte dieses Monats steigerte sich die Morbilität im allgemeinen sehr bedeutend, behielt den nemlichen Charakter, außer daß Typhoide und Diphtheritis, wenngleich nicht mit epidemischem Charakter, so doch viel häufiger als in den Vormonaten seit 1. Juli zur Behandlung gelangten.

Typhoide mit dem Charakter des Bauchtyphus kamen so häufig wie schon seit lange nicht vor.

III. Mortalität: Es starben 72 Personen (gegen 68 im Monate September d. J. und gegen 90 im October 1874). Von diesen waren 35 männlichen und 37 weiblichen Geschlechtes, 54 Erwachsene und 18 Kinder, daher das weibliche Geschlecht um geringes, die Erwachsenen jedoch entschieden überwiegend an der Mortalität participierten, da sich die Sterblichkeit der Kinder zu der der Erwachsenen in diesem Monate wie 1:3 verhält.

Das Alter betreffend, wurden

totgeboren	1 Kind
im 1. Lebensjahre starben	8 Kinder
vom 2. bis 14. Jahre	9 Personen
" 14. " 20. "	2 "
" 20. " 30. "	10 "
" 30. " 40. "	7 "
" 40. " 50. "	4 "
" 50. " 60. "	11 "
" 60. " 70. "	10 "
" 70. " 80. "	7 "
" 80. " 90. "	3 "
Summe	70 Personen.

Die Todesursache in Rücksicht aufs Alter betreffend, wurde totgeboren 1 Kind.

Gestorben sind im:

1. Lebensjahre 8 Kinder, und zwar an Schwäche 2, an Icterus malignus, Rinnbackenkrampf, Scharlachbräune, Schlagfluß, Atrophie und Diphtheritis je 1 Kind.

Vom 2. bis 20. Jahre starben 10 Personen, und zwar: an Diphtheritis 6, an Zehrfieber 2, an Darmtuberculose und Stimmritzenkrampf je 1 Person.

Vom 20. bis 60. Jahre 33 Personen, und zwar: an Tuberculose 11, an Erschöpfung und Typhus je 3, an Gehirnerweichung, Lungenlähmung, Zehrfieber und Gebärmutterkrebs je 2, an Bauchwassersucht, Beinfuß, Gehirnlähmung, Gebärmutterbrand, Wassersucht, Gefäßkrebs, progressiver Lähmung und zufällig erlittenen Verletzungen je 1 Person.

Ueber 60 Jahre alt starben 20 Personen, und zwar: an Marasmus 10, an Lungenlähmung und sterbend überbracht je 2, an Tuberculose, Schlagfluß, Gehirnerweichung, Lungentzündung, Blutzersetzung und Brustwassersucht je 1 Person.

Häufigste Todesursachen: Tuberculose 13mal, d. i. 18.0%; Marasmus 10mal, d. i. 13.9%; Diphtheritis 7mal, d. i. 9.7%; Erschöpfung und Typhus je 3mal, d. i. 4.1% aller Verstorbenen.

Der Vertheilung nach starben im Civilspitale 22 Personen, im Elisabeth-Kinderspitale 3 Kinder, im k. k. Strafhause am Castellberge 2 Straflinge, in der Stadt und den Vorstädten 45 Personen.

Diese letzteren vertheilen sich wie folgt: Innere Stadt 16, Petersvorstadt 4, Polana 7, Kapuziner-vorstadt 4, Gradiska 2, Krakau und Arnau 4, Karlstädter Vorstadt und Hühnerdorf 7, Moorgrund 1.

(Schluß folgt.)

auch dann nur mit Behauern — der Errichtung eines abgeordneten Zollgebietes zustimmen könnte. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Ich ersuche das geehrte Haus, meine Erklärung zur Kenntnis nehmen zu wollen. (Zustimmung im Centrum.)

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 3. Dezember.

Der „Pol. Corr.“ wird aus St. Petersburg wütem 28. v. M. geschrieben: „Die bevorstehende Ankunft des Prinzen Karl von Preußen, des einzigen Bruders des Kaisers Wilhelm, und des Erzherzogs Albrecht von Oesterreich wird hier als ein abermaliger Beweis für die Festigkeit und Dauer des Drei-Kaiserbündnisses aufgefaßt. Kaiser Alexander hat gewünscht, sich zur Feier seines fünfundsanzigjährigen Jubiläums als Ritter des St. Georg-Ordens von diesen beiden so hochstehenden R. präsentanten der ihm verhandelten Kaiserhochzeiten zu sehen. Es scheint kein Jahr, ja keine Gelegenheit vorübergehen zu sollen, wo Kaiser Alexander nicht in allerbestimmtester Weise seinen Wunsch und Willen bekräftigt, durch das Bündnis mit seinen beiden nächsten Nachbarn den Frieden in Europa aufrechtzuhalten. Die persönlich von Svabia in der Rom ergangenen Einladungen an Erzherzog Albrecht — als Ritter der I Klasse des St. Georg-Ordens, welche Al. ffe außer ihm nur noch der deutsche Kaiser Wilhelm III. ffe für den Fel. zug 1870—1871 erhalten hat, d. w. s. n., daß der Kaiser auch diesmal wieder das Einvernehmen der Drei-Kaiserstaaten vor aller Welt betonen will. Beide Fürsten haben die Einladung angenommen und werden demnächst, möglicherweise noch vor dem Kaiser Alexander, hier eintrifft. n. Kaiser Alexander ist zwar nach den Statuten verpflichtet, beim Dreinöf. ffe das große Band der Ritter I. Klasse zu tragen; hat aber wiederholt erklärt, er thäte dies nur als geborener oberwärtiger Großmeister und Erbe der Stifterin. Stolz könne er nur auf den Besitz des kleinen Kreuzes sein. So steht denn wahrscheinlich eine Reihe glänzender Festlichkeiten bevor, um die Anwesenheit der beiden kaiserlichen Repräsentanten des deutschen und österreichischen Kaiserhauses zu feiern. Möge nur das Wetter günstig sein, welches sich in diesem Winter merkwürdig wunderbar beweist und nicht einmal die Rema zu dauern stehen des Eises bringt.“

Die mecklenburgische Verfassungsfrage dürfte, wie man der „Breslauer Zeitung“ aus Berlin schreibt, in dieser Session des deutschen Reichstages wieder zur Sprache kommen. Allerdings — sagt das citierte Blatt — ist hie und da betont worden, die Sitzungszeit sei zu kurz bemessen und diese Frage werde sich überhaupt in einem Stadium, wo durch einen neuen Reichstagsbeschluss nicht vorgegriffen werden sollte. Aber gerade in diesem Punkte gehen die Meinungen im Reichstage auseinander. Während die einen sich auf den Boden des Bundesrathsbeschlusses stellen und eine Resolution beantragen wollen, daß der Reichstag die Erhaltung ausspricht, die mecklenburgischen Regierungen werden mit ihren Ständen zu einer alsbaldigen Verständigung betreffs der Verfassungsangelegenheit gelangt, wollen die anderen die Formulierung eines Antrages, welcher die vorjährigen Beschlüsse des Reichstages wiederholt. Die mecklenburgischen Abgeordneten haben bereits zwei Versammlungen gehalten, um zu einem gemeinsamen Beschlusse zu gelangen.

Die Commission zur Prüfung des neuen französischen Preßgesetzes hat diesen Entwurf, nachdem sie das ablehnende Botum des Syndicats der Presse entgegengenommen, ebenfalls zurückgewiesen, dagegen bekanntlich einen Beschlusse auf ausnahmslose Aufhebung des B-lagerungszustandes angenommen.

Der „National“ meldet: Rußland projectiert die Einberufung einer europäischen Conferenz zur Neutralisierung des Suez-Kanals unter Leitung einer europäischen Commission, in welcher Holland den Vorsitz und England die Vicepräsidentschaft führen sollen.

In einem Ministerrathe zu Madrid, welchem die Generale Quesada und Martinez Campos bewohnten, wurde beschloffen, zwei aus je fünf Divisionen bestehende Armeen zu bilden, von denen eine unter dem Befehle Martinez Campos in der Provinz Navarra und die andere unter Quesada in den baskischen Provinzen operieren soll. Die Generale werden demnächst an ihre Bestimmungsorte abgehen.

Die hohe Pforte geht mit dem Plane um, an die Mächte, welche den pariser Vertrag unterzeichneten, eine Circulärnote zu richten, in welcher Reformeinrichtungen beantragt und zugleich die Garantien für deren Durchführung geboten werden.

Das montenegrinische Regierungsorgan „Glas Černa Gorca“ läßt es sich angelegen sein, alle umlaufenden Gerüchte über angebliche Uneinigkeit und Zwistigkeiten zwischen den Insurgentenführern als böswillige Ausstreuerungen zu bezeichnen, welche durch die letzten glänzenden Erfolge der Insurgenten widerlegt werden. Weiters meldet der Berichterstatter, daß man in den nächsten Tagen dem Wiederbeginne der Kämpfe auf der Straße von Gacko nach Goransko entgegensteht. Raouf Pascha beschloß sich selbst in Gacko und verfügt über 15,000

Mann Infanterie und Artillerie und einige hundert Reiter, lauter Kerntuppen, mit welchen er die Entsezung von Goransko und Niksic bald versuchen muß. Die Insurgenten in der Stärke von 8. bis 10,000 M. erwarten in sehr günstigen Positionen den Angriff. Außerdem haben sie unter Peko Pavlovic ein beträchtliches Corps detachiert, welches sich des von Kiel in das Innere führenden Straßennetzes zu versichern bemüht ist. Auch die Insurgenten von Zubel haben Abtheilungen in nordwestlicher Richtung vorgeschoben. Von Goransko haben die Insurgenten die türkische Feldpost abgefangen, wobei ihnen ein Brief des Kriegsministers Riza Pascha an Serber Pascha in Mostar in die Hände fiel, in welchem er anzeigt, daß vor Frühjahr keine weiteren Truppennachschübe stattfinden können. Bei Metkovich überfielen die Insurgenten ein türkisches Zollhaus, wurden jedoch zurückgeschlagen. In Ragusa wurde der italienische Insurgent Maneschi, welcher anlässlich des versuchten Uebertrittes in die Herzegowina einen österreichischen Gendarm erschloß, zu sechsjähriger Kerkerstrafe verurtheilt.

Tagesneuigkeiten.

Prozeß Tauschinsky.

Die „Pol. Corr.“ empfängt aus Graz unterm 1ten d. M. folgenden Bericht:

Gegen Dr. H. Tauschinsky und sechs Genossen (durchwegs Arbeiter) begann heute vor dem Schworen der auf acht Tage anberaumte Hochverrathesprozeß.

Der von der Staatsanwaltschaft zur Verlesung gebrachten Anklage entnehmen wir auszugsweise folgende Momente:

Der im April 1874 stattgehabte Congress von Delegierten der socialistischen Arbeiterpartei zu Reudersfel acceptierte ein förmliches Actionsprogramm, welches mit dem seinerzeit als staatsgefährlich erkannten eisenacher Programm ziemlich identisch war. Insbesondere wurde die Bildung eines Centralcomitès für die ganze Monarchie, mit dem Sitze in Graz, und von Subcomitès für die einzelnen Provinzen beschloffen und die Durchführung der derart festgestellten Organisation dem Dr. Tauschinsky übertragen. Thatsache ist, daß sich kurz darauf das Centralcomitè und einzelne Subcomitès bildeten, welche jedoch von der Regierung als geheime Verbindungen erkannt und behördlich aufgelöst wurden. Ungeachtet der erfolgten Auflösung haben diese Verbindungen weiter functioniert, mit dem Bestreben, in die Arbeiterbewegung eine revolutionäre Tendenz zu verpflanzen, und war es insbesondere der Angeklagte Dr. Tauschinsky, der in dieser Richtung sogar während seiner Haft aufs eifrigste agitirte. Diesen Absichten sollte durch eine neue geheime Delegiertenconferenz wirksamer Vorschub geleistet werden, und trat dieselbe im Mai 1875 zu Marcegg zusammen. Diese Versammlung, welcher — wie die polizeiliche Vernehmung constatirte — 31 Delegierte aus den verschiedenen Kronländern der Monarchie anwohnten, wurde behördlich aufgelöst und die Teilnehmer an derselben mit Zwangspässen in ihre Heimatsorte befördert. Obwol nun die sämtlichen Schriftstücke bei dem Erscheinen der behördlichen Organe durch die Delegierten zerrissen wurden, ist es dennoch gelungen, die Fragmente zusammenzufügen; der Inhalt dieser hergestellten Briefe lautet äußerst gradierend für die Angeklagten.

Von den durch die Anklage zur Verlesung vorbereiteten 146 Schriftstücken dürfte eines — das Concept eines Briefes von Dr. Tauschinsky an den Grafen Hohenwart — schon jetzt eine Erwähnung verdienen. In dem Briefe — unter den Papieren Tauschinsky's vorgefunden — erbietet sich derselbe, die Erfüllung gewisser Bedingungen vorausgesetzt, mit der ganzen Arbeiterpartei ins liberalistische Lager überzugehen.

In die Vertheidigung der Angeklagten theilen sich die Herren Dr. Berggruen aus Wien und Dr. Rosset aus Graz.

(Hofnachrichten.) Sr. kön. Hoheit der Prinz Leopold von Baiern, welcher, wie telegraphisch gemeldet, mit höchstseiner Gemalin, Ihrer k. und l. Hoheit der durchlauchtigen Frau Prinzessin Gisela, und höchstseiner Schweser, Ihrer kön. Hoheit der Prinzessin Therese, sammt Gefolge in Neapel angekommen und im Hotel „Vittoria“ abgestiegen ist, reist neapolitanischen Blättern zufolge unter dem Incognito eines Grafen von Eipen. — Am kön. belgischen Hofe wurde für weiland Sr. kön. Hoheit den Erzherzog Franz, Herzog von Modena, eine achtstägige Hoftrauer, vom 30. November bis 7. Dezember, angelegt.

(Zur Trennung der Breslauer Diöcese.) Wie aus Rom gemeldet wird, ist im Vatican ein Gutachten des päpstlichen Nuntius am Wiener Hofe, Msgr. Jacobini, über die Frage wegen Trennung des österreichischen Theiles der breslauer Diöcese von letzterer eingelangt. Gleichzeitig wird versichert, daß die betreffende Angelegenheit wahrscheinlich einer Erledigung im Sinne der Trennung entgegengehe. Zum mindesten sind die Congregationen einer solchen Lösung nicht abgeneigt.

(Der Nordpolfahrer Payer) ist aus England zurückgekommen, wird den Winter in Wien zubringen und sich Anfang nächsten Jahres nach Frankreich zu längerem Aufenthalte begeben.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Bair. Zeitung.“) Budapest, 3. Dezember. Unterhausung. Frankl verlangt Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffs Religionsfreiheit noch in dieser Session. Der Ministerpräsident beantragt, den Antrag Frankl's gleichzeitig mit der einzubringenden Regierungsvorlage über die Civilehe zu verhandeln. Nach heftiger Debatte wird der Antrag des Ministerpräsidenten angenommen.

Berlin, 3. Dezember. Reichstag. Bei der ersten Berathung der Strafsesquidelle ergriff Bismarck das Wort zur Erklärung, daß ohne verschärfte Disciplinarbestimmungen gegen Beamte des auswärtigen Amtes er nach den bisherigen Erfahrungen nicht Minister des Auswärtigen bleiben könne. Falls die Vorlage abgelehnt würde, so werde man in den nächsten Sessionen darauf zurückkommen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 3. Dezember. Papier = Rente 69.35. — Silber = Rente 73.50 — 1860er Staats-Anlehen 112. — Bank-Aktien 926. — Credit-Aktien 204.80 — London 113.20. — Silber 105. — R. f. Münz-Ducaten 5.33. — Napoleonsd'or 9.06 1/2. — 100 Reichsmark 56.05.

Wien, 3. Dezember. 2 Uhr nachmittags. (Schlußkurs.) Creditactien 204.90, 1860er Lose 112. —, 1864er Lose 134.25, österreichische Rente in Papier 69.35, Staatsbahn 294.50, Nordbahn 179.50, 20-Frankenstücke 9.06 1/2, ungarische Creditactien 204.75, österreichische Francobank 32. —, österreichische Anglobank 98.80, Lombarden 107. —, Unionbank 79.75, austro-orientalische Bank —, Lombardactien 350. —, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 31.25, Communal-Anlehen 102. —, Egyptische 136.25. Fest.

Verstorbene.

Den 26. November. Bartholomäus Gernel, Inwohner, 21 J., Civilspital Bestfieber. Den 27. November. Josef Mau, Inwohner, 24 J., am Kastellberge Nr. 57, Blutzersetzung. — Franz Prettnner, Mehlhändlers- und Hausbesizers-Kind, 2 M., Bahnhofsstraße Nr. 107, Krallen. — Josef Maurig, Privatsecretär, 86 J., Civilspital Bruchwasserfucht. Den 28. November. Maria Kachelig, Inwohnerin-Lochter, 8 1/2 J., Polana-Vorstadt Nr. 82, Tuberculose. — Franz Laurir, Anstreichers- und Latiererskind, 14 J., Krallau-Vorstadt Nr. 41, Lebensschwäche. — Ulrich Egia, Kaffeesieder, 44 J., innere Stadt Nr. 221, Herzlähmung. Den 29. November. Mathias Dolenc, Grundbesitzer, 47 J., am Kastellberge Nr. 57, Abzehrung. — Franz Bisjak, Arbeiter, 67 J., innere Stadt Nr. 25, Altersschwäche. Den 30. November. Georg Remsal, Arbeiter 59 J., Civilspital, Morbus Brightii. — Amalia Edle von Herrlich, Private, 63 J., Civilspital, Phämie. Den 1. Dezember. Maria Jerjov, Inwohnerin, 61 J., Civilspital, Lungenphthysie. — Leopold Laurin, Anstreichers-Kind, 19 Tage, Krallauvorstadt Nr. 41, Lebensschwäche. — Fr. Vincenz Privat, 87 J., Kapuzinervorstadt Nr. 41, Altersschwäche. Maria Medvna, Inwohnerin, 59 J., Civilspital, Wasserfucht. Den 2. Dezember. Johann Dillauc, Arbeiter, 61 J., Civilspital, Lungenblutsturz.

Angewandte Fremde.

Am 3. Dezember. Hotel Stadt Wien. Müller, Sewers, Beringer, Leo und Breitling, Kaufleute, und Rolaz, Disponent, Wien. — Starz, Postmeister, und Krisper, Kfm., sammt Frau, Krainburg. Jugovitz, Privatier, Straßisch. — Benzowsky, Bezirksrath, Idria. — Lukaz, Kzt., St. Veit. — Leuz, Hdtm., Lustthal. — Cöhen, Beamter, Triest. Hotel Giesant. Dirich, Graz. — Kramer und Ruggar, Rastadt. — Kappstein, Siofol. — Rauch, Pola. — Hubadernig, Radmannsdorf. — Weiß, Finne. — Großmann, Wien. — Blum, Schweiz. Hotel Europa. Kotoschinneg, Kfm., und Sabori, Wien. — Berhan, Ingenieur, und Bogacnik, Gili. Bayerischer Hof. Wachsmann, Triest. Wahren. Putina, Italien. — Kikel, Krain. — Rahm, Brauer. — Brotta, Genova. — Hocevar, Holzhändler, Oberkrain.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Tag, Zeit, Beobachter, Barometerstand in Millimetern auf 0.760 Reducirt, Lufttemperatur nach Celsius nach Celsius, Wind, Luftfeuchtigkeit, Himmel, Regen, Barometerstand in Millimetern auf 0.760 Reducirt. Data for Dec 6, 7, 8, 9, 10.

Berantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Boden. Das Jagdgewehr soll einem bekannten Wildbiebe, der es in dem bezeichneten Dörrhause verborgen hatte, gehören. Martin Gvala wurde an das l. l. Bezirksgericht in Idria eingeliefert.

(Kalender.) Unsere geehrten Stadtabonnenten finden dem heutigen Blatte ein Verzeichnis beigelegt über Kalender pro 1876 für alle Stände und Berufsstände. Die angezeigten Kalender sind vorrätzig in der Buchhandlung v. Kleinmayer & Bamberg in Laibach.

Aus dem Gerichtssaale.

Laibach, 2. Dezember 1875. Einspruchverhandlung des „Slov. Narod“. Mittelft Erkenntnis des l. l. Landesgerichtes wurde die von der l. l. Staatsanwaltschaft vorgenommene Confiscation der Nr. 240 des „Slov. Narod“ vom 21. Oktober 1875 bestätigt und der Inhalt des in derselben enthaltenen Correspondenzartikels aus Luttenberg als Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung im Sinne des § 300 St. G. erklärt.

Der Redacteur Herr Jurzil erhob dagegen den Einspruch und versuchte bei der hierüber angeordneten Verhandlung auszuführen, daß der Inhalt des incriminierten Artikels unmöglich als strafbar angesehen werden könne, da im „Slovenski gospodar“ ein gleicher Artikel mit beinahe wörtlichem Inhalte nicht beanstandet worden sei, da ferner dasjenige, was in demselben als Schmähungen und offenbare entstellte Thatsachen bezeichnet wurde, nicht als solche aufgefaßt werden können, da der Artikel eine wahre Angabe enthalte, wie er jederzeit vor den Geschwornen zu erweisen bereit sei.

Der Staatsanwalt repliziert hierauf, daß die Aufklärung des „Slovenski gospodar“, einerseits nicht zutrefte, da im letzteren die schmähenden Ausdrücke nicht enthalten seien, andererseits die Nichtconfiscation eines anderen Blattes weder ein Beweis für dessen Straflosigkeit, noch weniger aber für die des vorliegenden Artikels sein könne und führt weiter aus, daß die Bezeichnung eines l. l. Bezirkshauptmannes als „Nemur“ und als „Agitator“ in Bezug auf dessen Amtstätigkeit in der That eine Schmähung begründe, gegen die kein Wahrheitsbeweis zulässig ist, ferner aber auch, daß die Wahrheit der angeführten „offenbar entstellten Thatsachen“ nicht erbracht ist und die Berufung auf die Bereitwilligkeit, die Wahrheit vor den Geschwornen zu erweisen, in dem objectiven Verfahren nicht in Erwägung zu ziehen sei.

Nachdem Herr Jurzil noch an die Unabhängigkeit des Gerichtshofes appelliert, wird nach kurzer Berathung des Gerichtshofes das Erkenntnis verhandelt, demzufolge dem Einspruche nicht stattgegeben wurde.

In den Motiven des Erkenntnisses werden die Gründe der Staatsanwaltschaft acceptiert und sah sich der Vorsitzende, Herr Landesgerichtspräsident Vertschner, insbesondere veranlaßt, zu betonen, daß der Gerichtshof unabhängig ist und über den Parteien steht, und daß eben deshalb die Befestigung des ersten Erkenntnisses erfolgen mußte.

Öffentlicher Dank.

Es gericht mir zur angenehmen Pflicht, das P. T. Publikum auf die Firma Fr. Döberlet & S. Parisk in Laibach, Franziskanergasse Nr. 8 aufmerksam zu machen, indem sich dieselbe bei der kürzlich vollständigen Umgestaltung meiner Wohnung bezüglich feiner Geschmacks, äußerst solider Waare und besonderer Billigkeit auf das glänzendste bewährt hat, und ich nicht umhin kann, derselben meinen öffentlichen Dank auszusprechen, sowie obige Firma jedermann bestens anzupfehlen.

Baris Edler v. Fevreinoff.

Öffentlicher Dank.

Die am 1. Dezember im Hotel „Europa“ stattgefundene Wohlthätigkeits-Soirée hat zur Bekleidung der armen Schulkinder einen Reinertrag von 113 fl. 52 kr. eingebracht. Den p. t. Wohlthäter, die sich dabei in hochzeitiger Weise theilhaftig haben, stattet den verbindlichsten Dank ab

das Lehrer-Comité.

Als unterstützende Mitglieder der laibacher freiwilligen Feuerwehr

leisteten den Jahresbeitrag pro 1875: Herr Wittthalm mit 10 fl. v. Redange 5

(Wird fortgesetzt)

Auf das im heutigen Blatte enthaltene Inserat der Bankfirma A. Goldsch in Hamburg wird besonders aufmerksam gemacht.

Wir machen hierdurch auf die im heutigen Blatte stehende Annonce der Herren Kaufmann & Simon in Hamburg besonders aufmerksam. Es handelt sich hier um Originallose zu einer mit Hauptgewinnen ausgestatteten Verlosung, das sich auch in unserer Gegend eine sehr lebhafte Theilnahme voraussetzen läßt. Dieses Unternehmen verdient das volle Vertrauen, indem die besten Staatsgarantien geboten sind und auch vorbenanntes Haus durch ein stets streng reelles Handeln und Auszahlung zahlreicher Gewinne allseits bekannt ist.

Eine besondere Beachtung

verdient die im heutigen Blatte befindliche Annonce des Hauses S. Sachs & Co. in Hamburg, das uns wegen prompter und aufmerksamer Bedienung seiner Interessenten auf angelegentlichste empfohlen wird.

(Elisabeth-Kinderspital.) Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 21. November d. J. allergnädigst zu bewilligen geruht, daß dem Elisabeth-Kinderspitale in Laibach aus dem Ertrage der in das zweite Semester 1877 fallenden 18. Staats-Wohlthätigkeits-Lotterie, insoweit derselbe hiezu nach Bedeckung der auf diese Lotterie bereits angewiesenen Unterstüzungen zureichen sollte, eine Aushilfe im Betrage von siebentausend Gulden zugewendet werde.

(Personalnachrichten.) Der l. l. Bezirksgerichtsadjunct Herr Ludwig Golia wurde über eigenes Ansuchen von Senofesich nach Raffenfuß versetzt und der l. l. Auscultant Josef Pitt zum l. l. Bezirksgerichtsadjuncten in Senofesich ernannt.

(Der städtische Musikverein) hielt gestern eine Ausschußsitzung ab. In derselben wurde Herr Anton Weiß, ein Mann in besten Jahren, voll Willens- und Thatkraft, ein Eleve des Conservatoriums, der Orgel- und Militärmusikschule in Prag, Ehrenmusikdirector der philharmonischen Gesellschaft in Fiume, seinerzeit Kapellmeister des l. l. 7. Feldjäger-Bataillons und Musikdirector des Musikvereines zu Reichenberg in Böhmen, zum Kapellmeister, beziehungsweise Musikdirector des laibacher Musikvereines aufgenommen. Demselben wird ein Assistent beigegeben. Herr Weiß tritt seine neue Stellung am 20. d. an und wird vor allem anderen die Musikschule für sämtliche Instrumente ins Leben führen. Der städtische Musikverein unternahm gestern den ersten wichtigen Schritt und baut auf die jährliche Theilnahme vonseite der Bewohner Laibachs. Mit der Einhebung der ersten Rate des Jahresbeitrages pro 1876 (1. Oktober 1875 bis dahin 1876) wird soeben begonnen. Herr Weiß wird sich noch im Verlaufe dieses Winters mit der Zusammenstellung eines tüchtigen Orchesters beschäftigen.

(Aus dem Vereinsleben.) Heute abends findet in den Gasthauslokalitäten „zur Vereinigung“ (Bahnhofsstraße) eine gefällige Kneipe des laibacher Turnvereines statt. Unter anderem stehen an der Tagesordnung: Anträge und Beschlußfassung in betreff einer zu Weihnachten oder am Silvesterabend abzuhaltenen Turnkneipe. — Montag, den 6. d. abends um 7 Uhr findet mit behördlicher Genehmigung in Gasdeggs Bierhalle in der Petersvorstadt eine allgemeine Arbeiterversammlung statt. An der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Errichtung einer allgemeinen Arbeitervermittlungsanstalt. 2. Die Lage der Arbeiter. 3. Besprechung über das Vereins- und Versammlungsrecht. — In betreff des ersten Punktes wünscht der Arbeiterverein eine rege Theilnahme auch vonseite auswärtiger, im Lande Krain domicilirender Gewerbetreibender, nachdem die Errichtung einer solchen Anstalt auch in ihrem Interesse gelegen ist, wenn es gilt, den Bedarf an Arbeitern auf dem flachen Lande zu decken.

(Vergnügungsanzeigen.) Morgen concertiert die l. l. Militär-Musikkapelle im Glasalon der Casino-restaurant.

(Concert Kreuzma.) Der Musikreferent der grazer „Tagespost“ spricht sich über den Violinvirtuosen Franz Kreuzma sehr günstig aus. „Technisch vollendetes Spiel, markiger Strich, Klarheit und Ruhe, Sicherheit in den Passagen, bewunderungswürdiges Flageolet“ sind Eigenschaften, welche den jungen Virtuosen „in das Lager der Künstler versetzen werden.“

(Von der Südhahn.) Dem Bernehmen nach hat vorgestern in der Nähe der Station Sagor ein Zusammenstoß zwischen einem Lastenzug und einem Kohlentrain stattgefunden. Eine Anzahl Waggons wurde theils zertrümmert, theils umgestürzt; die Begründung der Hindernisse auf dem Bahnkörper nahm mehrere Stunden in Anspruch. Menschenleben soll keines zu beklagen sein.

(Eine Gräueltthat) Martin Gvala aus Untertribusche, Bezirk Tolmein, Schafhirt bei dem Grundbesitzer Matthäus Bončina in Oberlanomla, Bezirk Krain, weidete am 23ten v. M. in der Nähe eines Dörrhäuschens Schafe; dort fand er ein Jagdgewehr, ergriff es und äußerte sich zu dem achtjährigen Bartl Gar in folgenden Worten: „Warte, bis die Hansfrau (Theresia Bončina) in ihr Haus geht, dann werde ich auf die Weiber dort schießen!“ — Martin Gvala schlich sich längs des beim Hause des Bončina vorbeistehenden Baches in die Nähe der dort am Bachufer mit Wägen beschäftigten Mägde Maria Lapje aus Untertribusche und Katharina Rogaj aus Schembischka-Gora, spannte den Hahn des Schußgewehres, nahm sich zuerst die Rogaj zum Zielpunkte, und als diese ihn aufforderte, die Schußwaffe abzulegen und wegzutragen, trat er einige Schritte gegen Lapje vor, legte in einer Entfernung von vier Schritten das Gewehr an letztgenannte an, das Gewehr ging los und die an der rechten Kopfseite getroffene Magd Lapje stürzte todt zu

Börsenbericht.

Table with columns: Name, Gold, Ware. Lists various bonds and bank shares like Rente, Silberrente, Lofe, Domänen-Pfandbriefe, Prämienanlehen der Stadt Wien, etc.

Table with columns: Name, Gold, Ware. Lists bank shares like Anglo-Bank, Bankverein, Kreditanlehen.

Wien, 2. Dezember. In Effecten sehr wenig beschäftigt, gab die Börse dennoch einer Anzahl von Eisenbahnactien etwas erhöhte Kurse. Das interessanteste Ereignis der Börse lag in der rückgängigen Bewegung des Salutarcurse.

Table with columns: Name, Gold, Ware. Lists various railway and bank shares like Kreditanlehen, Depofitenbank, Franco-Bank, Nationalbank, etc.

Table with columns: Name, Gold, Ware. Lists various bank and railway shares like Siebenbürger, Staatsbahn, Südbahn, etc.